

### **Sitzung des Stadtrates am 25. Januar 2010**

Die 4. Sitzung des Stadtrates seit der Kommunalwahl stand ganz im Zeichen der drastisch verschlimmerten Finanzprobleme der Stadt und den daraus resultierenden Einsparungen, die der Oberbürgermeister dem Rat für 2010 und für die folgenden Jahre vorschlagen würde. Bereits im Vorfeld war bekannt geworden, dass – neben den Altschulden – ein aktuelles Defizit, allein in 2010, von ca. 250 Millionen Euro vorliegt. Der Oberbürgermeister schlug dem Rat der Stadt Einsparungen im aktuellen Jahr von ca. 66 Mio. € vor, in den folgenden Jahren sollen 100, 120 und 2014 ganze 160 Mio. € eingespart werden. Ein ausgeglichener Haushalt, in dem Einnahmen und Ausgaben sich die Waage halten, ist demnach in den nächsten Jahren nicht zu erwarten. Dem Haushaltsentwurf 2010 liegt eine Vorschlagsliste mit ca. 400 Einsparvorschlägen bei, die für alle Bürger in Duisburg in nahezu allen Bereichen wirklich 'schmerzhafte' Einschnitte bedeuten würden, so sie denn abschließend vom Rat in dieser Form beschlossen würden.

Wortreich erklärte der OB den Ratsmitgliedern, der anwesenden Presse und den zahlreichen Zuschauern, wer und was daran Schuld ist, dass diese katastrophale Finanzlage entstanden ist: Der Strukturwandel, die Wirtschaftskrise, Gesetze von Bund und Land, die die Kommunen zu hohen dauerhaften Kosten zwingen, wie z.B. die Unterbringungskosten für Hartz IV-Empfänger, unsichere und schwankende Gewerbesteuererinnahmen, der große Beitrag zum Aufbau Ost, oder der verpflichtende Ausbau von Kindergartenplätzen.... Die Betonung der Reden von Oberbürgermeister und Stadtkämmerer lag fortwährend darauf, dass Alt- und Neuschulden der Stadt Duisburg zum allergrößten Teil „fremdbestimmt“ seien. Eine wenigstens anteilige Schuld der verantwortlichen Kommunalpolitiker und/oder der städtischen Verwaltungsspitze wurde nicht erwähnt. Bemerkenswert der Vorwurf des Kämmerers, dass die 'Landes- und Bundespolitik' jahrelang der steigenden Verschuldung der Städte zugesehen hätte, ohne einzugreifen, nun aber plötzlich ganz massiv ein Schuldenstop und sogar ein Schuldenabbau gefordert würde. Dieses wirke auf ihn wie „blinder Aktionismus“. Allerdings erwähnte Dr. Langner auch, dass die Stadt nun nicht mehr nur Hilfe von Land und Bund fordern könne, ohne vorher einen eigenen Einsparbeitrag zu leisten.

#### **Einige Zahlen zum Haushaltsentwurf 2010:**

Die Personalkosten betragen ca. 324 Mio. Euro, insgesamt 250 Mio. € der veranschlagten Kosten resultieren aus den Gesetzen des Sozialgesetzbuches (SGB, u.a. Hartz IV-Gesetze), 80 Mio. € werden für Jugendhilfe kalkuliert, 114,9 Mio. müssen an den Landschaftsverband gezahlt werden und 70 Mio. € sind in 2010 allein für Zinsen der Altschulden aufzubringen. Demgegenüber sinken die zu erwartenden Einnahmen aus der Gewerbesteuer von 252 Mio. € in 2007 auf 110 Mio. € in 2009.

Ein **Stellenplan** und die dazugehörigen Personalausgaben für 2010 wurden als 2. Tagesordnungspunkt einstimmig zur Beratung in die Ausschüsse verwiesen. Der endgültige Stellenplan und der Haushaltsentwurf 2010 (inklusive aller Einsparungen) sollen in der Sitzung des Stadtrates im März beschlossen werden – oder auch nicht...

Heftige Diskussionen entfachte die SPD bei Tagesordnungspunkt 5, bei dem eine „**Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung 2009**“ beschlossen werden sollte. Der Rat hatte für 2009 beschlossen, dass der Kämmerer zur Auszahlung von Gehältern und zur Begleichung von Rechnungen Kredite bis zu einer Höhe von 1,6 Milliarden Euro aufnehmen könne. Aller Voraussicht nach wird diese Grenze jedoch nicht ausreichen, so dass der damalige Beschluss um 450 Mio. € erhöht werden muss, damit es nicht zu Auszahlungsengpässen kommt, bis der neue Haushaltsplan (im März) beschlossen wird. Letztendlich stimmte aber nur die SPD dagegen, alle anderen dafür.

Der Regierungspräsident hat Oberbürgermeister Sauerland aufgefordert, den **Ratsbeschluss zur Erhöhung der Fraktionsmittel** aus dem Jahre 2008 zurück zu nehmen (die FDP-Ratsgruppe hatte sich damals der Stimme enthalten). Diese formale Beanstandung stand ursprünglich bei Top 6 der Ratssitzung an. Der Rat sollte seinen damaligen Beschluss wieder aufheben. Die SPD beantragte gleich zu Beginn der Sitzung, diesen Tagesordnungspunkt nicht zu behandeln und ihn von der Tagesordnung zu nehmen. Rechtsdezernent Rabe trug zwar vor, welche Konsequenzen es haben könne, wenn diese formale Beanstandung nicht vom Rat behandelt und der Beschluss nicht aufgehoben würde, aber eine große Mehrheit von SPD, CDU, Grünen und DWG beschlossen die Absetzung von der Tagesordnung. FDP, Linke und der Oberbürgermeister stimmten dagegen. Die FDP wollte den damaligen Ratsbeschluss aufheben.

Es folgten die üblichen **Gesellschafterversammlungen** mit Jahresabschlüssen und Wirtschaftsplänen der städtischen Gesellschaften. Üblicherweise enthält sich die FDP bei allen Beschlüssen zu Gesellschaften, bei denen kein FDP-Mitglied in den Aufsichtsgremien vertreten ist. Alle Entscheidungen fielen ohne weitere Diskussionen einstimmig. Ebenso reibungslos verliefen die Abstimmungen zu allen aktuellen Änderungen von **Bebauungsplänen**.

Einstimmig auch der Beschluss, wonach alle Anfechtungen der **Kommunalwahl 2009** zurückgewiesen wurden. Oberbürgermeisterwahl, Ratswahl und die Wahlen zu den Bezirksvertretungen wurden somit für gültig erklärt. Unter anderem hatte Frau Sall-May von der AMP Einspruch eingelegt, ohne diesen jedoch zu begründen.

Die städtische DVV wird zukünftig mit den Aachener Stadtwerken auf dem Feld der Erforschung von „Stromtankstellentechnik“ zusammenarbeiten. Unter dem Titel „**smartlab GmbH**“ wird eine neue gemeinsame Gesellschaft gegründet. Auch dies wurde vom Rat einstimmig beschlossen.

Ein Antrag der „Trianel Kohlekraftwerk Krefeld Projektgesellschaft mbH“ auf Erlass eines Vorbescheides zur Errichtung eines **Steinkohlekraftwerkes in Krefeld-Uerdingen** stand bei Tagesordnungspunkt 29 an. Vor wenigen Tagen hatte sich herausgestellt, dass einige Rohre und ein Kohleförderband vom Hafen zum geplanten Kraftwerk ca. 100 Meter über Duisburger Stadtgebiet verlaufen sollen. Dementsprechend musste nun auch die Stadt Duisburg ihre Erlaubnis für eine Anlage in der Nachbarstadt erteilen. Beim genannten Gebiet handelt es sich um ein Landschaftsschutzgebiet. Die Bezirksregierung hatte angeregt, für die Leitungen (die vergraben werden sollen) eine Befreiung nach § 31 BauGB zu erteilen. Die Duisburger Stadtverwaltung kam in der Beschlussvorlage aber zu der Feststellung,

dass eine Befreiung nach ihrer Einschätzung nicht erfolgen könne. Da es seit Jahren bereits viele Gegner in Reihen der Grünen, der Linken und auch der SPD gegen das geplante Kohlekraftwerk in Uerdingen gibt, war die Entscheidung erwartungsgemäß: die Kohlekraftgegner nutzten die Gelegenheit, in der Hoffnung das geplante Kraftwerk in der Nachbarstadt damit verhindern zu können. Nur die FDP-Fraktion stimmte gegen diese Ablehnung, da dieses Kraftwerk zum Erhalt und zur Schaffung von vielen Arbeitsplätzen im Chemiapark Uerdingen dringend erforderlich ist (übrigens arbeiten im 'Chempark Uerdingen' auch ca. 1250 Duisburger).

Wenn eine Bezirksvertretung einen „**rechtswidrigen**“ **Beschluss** fasst, im Sinne, dass der Stadt evtl. ein finanzieller Schaden durch Schadensersatzansprüche entstehen könnte, ist der Rat der Stadt verpflichtet diesen Beschluss zu korrigieren. Dies geschieht manchmal bei Baugenehmigungen: die Mitglieder einer BV stimmen einem Bauantrag nicht zu, aber der Antragsteller hat ein Recht auf diese Genehmigung, da er alle gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt hat. So geschehen in der BV-Rheinhausen vor ca. 6 Monaten. In dieser Ratssitzung sollte dieser rechtswidrige Beschluss korrigiert werden. In der Vergangenheit erfolgte dies immer kommentarlos und einstimmig. Die Rheinhauser Ratsmitglieder hatten die Entscheidung in diesem speziellem Fall aber so vorbereitet, dass SPD, Grüne, Linke und DWG sich dagegen aussprachen, den BV-Beschluss zu korrigieren. FDP und CDU wollten die Entscheidung zu Gunsten des Bürgers korrigieren, hatten aber gegen die genannte Mehrheit keine Chance.

Gegen eine angekündigte **Demonstration der rechtspopulistischen Partei „Pro NRW“** und der „NPD“ vor der Moschee in Marxloh am 27. und 28. März hatten die Linke und die CDU je eine ablehnende Resolution formuliert, die der Stadtrat beschließen sollte. Während sich die Resolution der CDU gegen Rechts- und Linksradikale aussprach, war in der Formulierung der Linken nur von Rechtsradikalen die Rede. Auch die Grünen favorisierten die Version, die nicht gegen Rechts und Links gleichermaßen gerichtet wurde. Es war beiden Parteien nicht möglich eine gemeinsame Formulierung zu finden. Die FDP-Fraktion ergänzte die Resolution der CDU noch mit dem Hinweis auf fundamentalistisch religiöse Kräfte, gegen die sich die Resolution ebenfalls wenden sollte. Letztendlich ließ Oberbürgermeister Sauerland über beide Anträge abstimmen. Der Resolution der Linken stimmten SPD, Linke, und Grüne zu, der Resolution der CDU stimmten die FDP, CDU, Grüne und DWG zu.

Für längere Diskussionen sorgte das Thema „**Loveparade**“. Es lag zwar kein Beschluss vor, die Verwaltung hatte aber mitgeteilt, wie die Organisation aussehen würde und dass auf die Stadt vermutlich Kosten in Höhe von 840.000 Euro zukämen. Diese Zahl ließ die Emotionen 'hoch kochen', gerade weil 2 Stunden vorher über dramatische Einsparungen gesprochen wurde. Letztendlich stellte aber keine Fraktion den Antrag, die Loveparade abzusagen – dies könnte aber in der Märzsitzung noch geschehen. Die FDP begrüßt die Veranstaltung, weil es sich um eine weltweite Vermarktung handelt, wobei der Name Duisburg dann auch immer eine Rolle spielen wird. Außerdem hatte die DEHOGA errechnet, dass jeder der möglicherweise 1 Million Besucher rund 95,- € in der Stadt ausgeben wird. Dennoch forderte die FDP die Verwaltung auf, nach geeigneten Sponsoren zu suchen, um den städtischen Anteil noch deutlich zu senken.